

Gemeinsam handeln und diskutieren

Autor(en): **Uster, Hanspeter / Lang, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341240>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gemeinsam handeln und diskutieren

In einem Punkt ist Peter Bodenmann und André Daguét recht zu geben: „Die besten Diskussionen und die schönsten Papiere taugen wenig, wenn sie nicht konzeptionell durchdacht, genügend konkret sind und politisch umgesetzt werden.“ Was aber macht die SP in der Praxis zur Umsetzung ihrer konkreten Gegenkonzepte? Wie

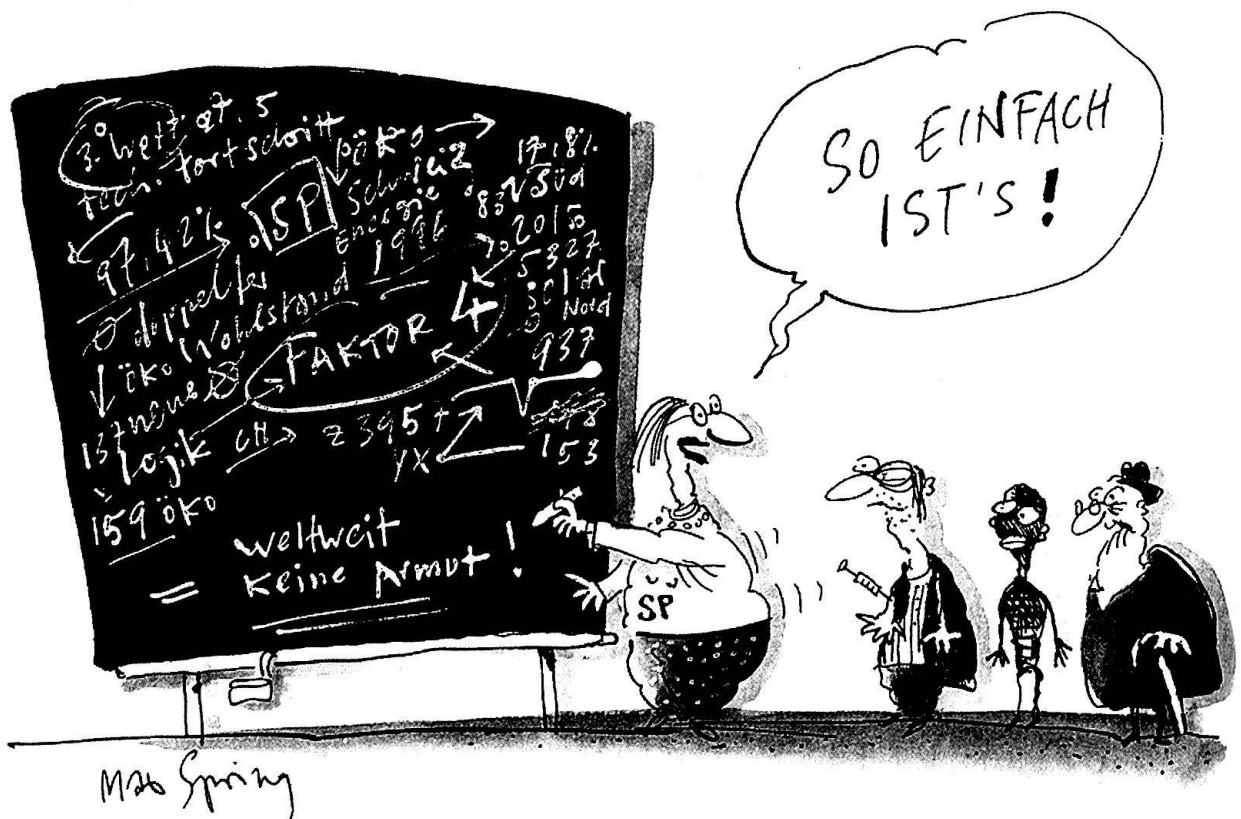
Hanspeter Uster und Josef Lang

beharrlich versucht sie, diese im Alltag auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene zu verwirklichen? Die beiden Autoren erwähnen die mutige und erfolgreiche Kundgebung gegen Blocher am 23. September in Zürich. Ist diese Veranstaltung nicht auch deshalb so auffällig, weil sie

eine Ausnahme bildet? Bei all den Demos, die beispielsweise in unserem Kanton durchgeführt wurden, waren Engagement und Beteiligung der SP meist eher mager. Auch beim Engagement für SPS-Vorstösse wie die Waffenausfuhr- und die Halbierungs-, die Krankenkassen- und AHV-Ausbauinitiativen hätten wir uns eine aktivere Bündnispartnerin gewünscht. Aber vielleicht ändert sich das alles mit dem Wahlerfolg vom letzten Herbst.

Gemeinsam handeln

Auf jeden Fall haben uns die publizistischen Reaktionen der SPS auf das Weissbuch beeindruckt und überzeugt.



Wir hoffen, bei der konkreten Umsetzung der gut gestarteten Gegenoffensive geht es so weiter. In diesem Sinne plädieren wir für aktives Mitmachen bei einem allfälligen Gewerkschaftsreferendum gegen die rücksichtslose Depurysierung des Arbeitsgesetzes und bei den geplanten Aktionstagen gegen den Lohn- und Sozialabbau. Wer im vergangenen Juni der Erhöhung des Rentenalters zugestimmt hat, sei an das damals abgegebene Versprechen erinnert, alles zu tun, diesen Rückschritt wieder rückgängig zu machen. Die Gewerkschaften haben mit der Auffang-Initiative dafür ein Instrument geschaffen. Die Aussage „Niemand müsste ein grösseres Interesse an einer starken SP haben als die Gewerkschaften“ macht nur Sinn, wenn sie diesen den Rücken stärkt.

Die harzig angelaufenen Volksinitiativen für mehr Demokratie und weniger Militär kommen nur zustande, wenn wir diesen Frühling mehr unternehmen als im vergangenen Herbst und Winter. Sie sind ein wichtiger Test für den Wert des linken Wahlerfolgs vom 22. Oktober. Sie bieten die Chance, die soziale Frage mit der demokratischen und der pazifistischen zu verbinden und auf eine grosse Lücke im Weissbuch aufmerksam zu machen: die Belastung von Budget und Wirtschaft durch überholte Institutionen wie die Armee und den Zivilschutz. Schliesslich schlagen wir vor, dass in der ganzen Linken (zu der wir auch die Grünen zählen) versucht wird, die Arbeitszeit zu einem zentralen Politikum zu machen. Letztlich ist deren Verkürzung das griffigste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit und für die gleichen Rechte und Pflichten von Frau und Mann.

Miteinander diskutieren

Peter Bodenmann und André Daguet lehnen eine Grundwertedebatte ab mit dem Hinweis, „gleiche fortschrittliche politische Überzeugungen“ seien aufgrund ver-

schiedener „idealistischer und materialistischer Weltbilder“ möglich. Ersetzt man die „gleichen Überzeugungen“ durch „gemeinsame Praxis“, was das Gemeinte wohl besser trifft, sind wir mit dieser Aussage einverstanden. Auch wir halten es weder für nötig noch für möglich, eine einheitliche linke Weltanschauung zu entwickeln, daraus ein verbindliches Programm abzuleiten, um erst so gemeinsam und „richtig“ handeln zu können. Trotzdem finden wir es sinnvoll, das Engagement für die linken Anliegen zu verbinden mit Debatten, die über das Handwerkliche hinausgehen. Dabei sehen wir drei Ebenen: die kurz- und mittelfristigen Handlungsperspektiven, die Entwicklung eines zukunfts-trächtigen Programms und die Auseinandersetzung um linke Grund-Sätze und -Werte.

Zu den Handlungsperspektiven

Wem Pöstchen und Konkordanz über alles gehen, den und die beschäftigt der Umstand, dass nur jede zehnte SP-Stimme von Minderbemittelten stammt, wenig, weil diese ohnehin seltener an die Urnen gehen als der Mittelstand. Solche Linke haben auch kein besonderes Sensorium für die Anliegen der politisch rechtlosen ImmigrantInnen und wenig Sensibilität für die sozialen und demokratischen Ängste im Zusammenhang mit der europäischen Integration. In Sachen Ladenöffnungszeiten denken sie zuerst an die KonsumentInnen und zuletzt an die VerkäuferInnen. In der Frage, ob die Linke prioritär für die unteren oder die mittleren Schichten da ist, gibt es grosse Differenzen mit unmittelbaren Konsequenzen. Diese Diskussion, welche auch die Debatte um die 10. AHV-Revision prägte (auch unter Linken gibt es „unterschiedliche Interessen“) muss unbedingt geführt werden. Nur so wird eine stark mittelständisch geprägte Linke für die sozialen und gewerkschaftlichen Fragen wieder hellhöriger.

Trotzdem finden wir es sinnvoll, das Engagement für die linken Anliegen zu verbinden mit Debatten, die über das Handwerkliche hinausgehen.

Zum Programmatischen

Eine die Parteigrenzen sprengende programmatische Diskussion bietet die Chance, politische Ziele zu entwickeln, die zwar über das heute Machbare hinausgehen, sich aber an den Problemen orientieren, die wir in den nächsten Jahrzehnten lösen müssen. Beispiele wären da: Reform der sozialen Sicherheit und Existenzgarantie für alle, Modelle zur Verteilung des kleiner werdenden Arbeitskuchens und zur Schliessung der offener gewordenen Schere zwischen Arm und Reich, Umsetzung des Faktors 4, Demokratisierung der Wirtschaft, europäische Verfassung, Rolle der Schweiz in der Welt. Eine solche Diskussion wäre auch eine hervorragende Investition „in die politische Bildung des künftigen Kaders“. Nicht zuletzt ergäbe sie linke Denkanstösse für die noch lange laufende Revision der Bundesverfassung.

Zu den Grundwerten

In Zeiten der Auflösung alter Gewissheiten und Verbindlichkeiten und allgemeiner Verunsicherung haben Auseinandersetzungen über Grund-Sätze und -Werte eine besondere Bedeutung. Das zeigt der allgemeine Run auf Lebenshilfe- und po-

pulärphilosophische Angebote, aber auch die wieder wachsende Ost-Nostalgie in linken Kreisen. Uns geht es nicht nur um die Bewältigung besagter Vergangenheiten, sondern auch um das Entwickeln zukunftsträchtiger Gesellschafts- und Menschenbilder. Ein zentrales (in der angelsächsischen und deutschen Linken intensiver diskutiertes) Fragenbündel lautet: Wie lassen sich Solidarität und Gemeinsinn generieren, ohne auf autoritäre Muster zurückzugreifen? Wie stärken wir die Zivilgesellschaft gegenüber der Wirtschaft, ohne jene gegenüber dem Staat zu schwächen? Wie ist Demokratie auf Zukunft zu verpflichten, mit Globalität zu versöhnen, sozial neu zu gestalten? Wie bringen wir Freiheit und Gerechtigkeit zusammen?

Der linke Mensch lebt nicht vom Pragmatismus allein. Sie und er brauchen sinnstiftende Perspektiven. Auch deshalb treten wir gerne auf das Angebot eines „intensiveren Dialogs“ ein.

Der Jurist Hanspeter Uster ist Regierungsrat, der Historiker Josef Lang Kantonsrat. Beide gehören dem Vorstand der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA) des Kantons Zug an.